

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 32

Erscheint Sonntags.
Zeugpreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 31. Juli 1932

Geschäftsstelle: Berlin C2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin 82, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Der Wille zum Sieg!

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 21. Juli zu seiner 8. Sitzung zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller **Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft.** Diese besagt:

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der **Verfassung und des Rechtes** stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. **Weder der Terror der Strafe noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.**

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. **Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.**

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

Die Gewerkschaften sehen in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, **schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein.** Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die **bisherige unparteiische**

Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgesühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewussten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. **Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.**

Der Bundesausschuß brachte seine Meinung in folgender Aufforderung an alle Gewerkschaftsmitglieder und an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zum Ausdruck:

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,

dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der **Wille zum Siege** in den ganzen Jahren

der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Ärmsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die **Verarbeitung der Gewerkschaften** nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die **Stärkung der Organisationen** zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

* * *

Die Augen der ganzen Welt sind in diesen Tagen auf unseren Kampf gerichtet. Der Vorstand des **Internationalen Gewerkschaftsbundes** brachte dies zum Ausdruck durch folgende

Kundgebung an die deutsche Arbeiterschaft.

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden **Abwehrkampf** gegen die vereinten Mächte der **Reaktion** steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der **deutschen Republik** und damit auch des **Friedens** in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Setzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest,

daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;

daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;

daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum **Siege** zu verhelfen.

Deutsche Genossen! Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! **Wisset, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein**

Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Unsere Lohnentwicklung als Wahllüge.

Der Jahresbericht unseres Verbandsvorstandes bietet dem aufmerksamen Beobachter eine Fülle von Material zum Erkennen der Bedeutung unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eine der ersten Aufgaben, die unser Verband in Beachtung seiner Zweckbestimmung zu erfüllen hat. Die Lösung dieser Aufgabe ist abhängig von einer Reihe von Umständen, die als Vorbedingungen gegeben sein müssen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei das Machtverhältnis, das zwischen der nach sozialem Aufstieg drängenden Arbeiterschaft und dem Unternehmertum als dem wirtschaftlichen Gegenspieler im Kampf um den Lohn besteht. Daneben spielt die wirtschaftliche Lage im Beruf, vor allem die Größe des Arbeitsangebotes, die zweite beachtliche Rolle.

Wie das Ringen um die Lohnhöhe in unserem Beruf durch unsern Verband in den letzten Jahren geführt wurde und welche Entwicklung die Lohngestaltung dabei genommen hat, das zeigt einwandfrei der Abschnitt „Entwicklung der reichstariflichen Spitzenlöhne“ im Jahresbericht unseres Verbandsvorstandes. Nach diesem betragen die Spitzenlöhne in der ersten Ortsklasse der wichtigsten Tarifgruppen in Pfennigen

ab	„Spitzl.“ u. Buchdruckerl	ab	Großbuchbinderl	ab	Startonage
17. 11. 23	40	15. 11. 23	40	26. 11. 23	50
29. 11. 23	52	9. 12. 23	50	4. 4. 24	55
3. 4. 24	58	3. 4. 24	56	16. 5. 24	58
15. 5. 24	62	1. 5. 24	58	7. 11. 24	67
6. 11. 24	74	22. 5. 24	61	27. 2. 25	70
26. 2. 25	80	23. 10. 24	68	3. 4. 25	72
2. 7. 25	88	20. 11. 24	76	3. 7. 25	78
30. 7. 25	90	19. 2. 25	80	2. 10. 25	83
1. 10. 25	92	25. 6. 25	88	29. 4. 27	86
14. 4. 27	99	13. 8. 25	92	30. 9. 27	88
29. 9. 27	101	14. 2. 27	100	3. 3. 28	92
5. 4. 28	109	5. 4. 28	109	29. 6. 28	96
4. 4. 29	114	4. 4. 29	114	26. 4. 29	101
5. 2. 31	107	5. 2. 31	107	6. 2. 31	94
1. 1. 32	92	1. 1. 32	92	1. 1. 32	80

Als das von einer nationalistischen Regierung leichtfertig heraufbeschworene Ruhrabenteurer beendet war und das deutsche Volk aus dem Millionenrausch der Inflationszeit mit deren Nulllenglanz erwachte, stand das Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft auf einem schier unerfaßbaren Tiefstand. Mit nur 40 Pfennigen Spitzenlohn für die Kollegen und 23 bis 25 Pfennigen für die Kolleginnen mußte unser Verband an die Riesenaufgabe herangehen, das infolge dieses niedrigen Lohnstandes unter unseren Mitgliedern herrschende Elend zu beseitigen und durch eine gerechte Entlohnung wieder etwas Lebensfreude in den Haushalt des einzelnen zu bringen.

Die oben wiedergegebenen Zahlenreihen lassen erkennen, in welchem Umfange diese gewaltige Aufgabe unserm Verband gelungen ist und wie mit dessen Wiedererstarke alle Kraftsteigerung dazu verwendet wurde, unseren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Nicht zum Ausdruck bringen die trockenen Zahlenreihen die harten Kämpfe, die am Verhandlungstisch mit den Vertretern der Unternehmer um jeden einzelnen Pfennig, namentlich für die Kolleginnen, geführt werden mußten.

Eine solche Bessergestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war nur möglich, weil die Gewerkschaften und deren parlamentarische Vertretung mit aller Energie ihrer Zweckbestimmung entsprechend handelten. Das aufgekommene

Schlagwort vom „politischen Lohn“ hatte insofern seine Berechtigung, als in der ziffernmäßigen Steigerung des Lohnes und in seiner Realwert-erhöhung der gesteigerte politische Einfluß der Arbeiterschaft zum Ausdruck kam. Die Arbeiterklasse befand sich im Aufstieg und dieser Tatsache mußte auch in der Lohngestaltung Rechnung getragen werden, so schwer das auch manchem gefallen sein mag. In gleicher Weise wie in unserem Beruf entwickelte sich der Lohnstand in allen anderen auch.

Erst mit dem Anwachsen der faschistischen Bewegung setzte ein Lohnrückgang unerträglichster Art ein. Die Septemberwahlen von 1930 hatten den Lohnabbau vom Februar 1931 zur Folge und der auf den Faschismus mit dessen grenzenlosem allgemeinen Volksbetrug sich stützende Druck des Großkapitals auf die Regierung brachte den gewaltigen Lohnabbau vom 1. Januar 1932, wie denn auch die innige Verbundenheit und gegenseitige Abhängigkeit der Hitler-Papen den Sozialrenten- und Arbeitslosenunterstützungsabbau auslöste. Alle Welt weiß, daß der Faschismus als Kapitalstnecht sein schmutziges Gewerbe nur auf Kosten der Arbeiterschaft betreiben kann und will, durch deren Knebelung er sich seine Geldquellen zu erhalten sucht.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen ist es ein Wahlmanöver übelster Art, wenn die Nationalsozialisten heute in ihren Schwindelblättern in größter Aufmachung von einem

„vierzehnjährigen Lohnraub“ durch die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft reden. Mit beispiellos frecher Schamlosigkeit und schamloser Frechheit lügt diese Gesellschaft in Wort und Schrift ihre Abhängigkeit von der Schwerindustrie und vom Großkapital ab, die sie sich erst durch programmatische Ablehnung eines gerechten und ausreichenden Lohnes für den deutschen Arbeiter und die deutsche Arbeiterin erkauft haben. Die vielgestaltigen Äußerungen über Lohnhöhe und Lohnform im Dritten Reich der Nazis zeigten deutlich, daß dem Arbeiter dort nur ein Bruchteil von dem Lohn werden soll, den er heute erhält. Der Lohn soll nur reichen zu Kartoffeln und Erbsensuppe, wie häufig genug gesagt wurde. „Wir werden das marxistische Lohn- und Tariffsystem völlig beseitigen“, sagt der Verbindungsmann der Faschisten mit den heutigen Wirtschaftsführern, Dr. Wagner.

Trotzdem magt es diese Gesellschaft heute, aus übelster Wahlmasche heraus über Lohn- und Rentenabbau in widerlichster und total verlogener Art zu heulmeiern. Das System der Lüge, des Schwindels und des Volksbetrugs ist bei Hitler, Goebbels und deren Trabanten meisterhaft ausgebaut und die Wahlangst hat dieses fnechtliche Gesicht so mephistog gemacht, daß es jetzt ausgerechnet Adolf Schücklgruber als den Schützer vor Renten- und Lohnraub dem überraschten Wähler präsentiert! Die aufgeklärte deutsche Arbeiterschaft läßt sich jedoch durch die Subeleien und Lügen faschistischer Schmierfinken nicht irremachen. Sie weiß:

Der Faschismus ist und bleibt ihr Todfeind!

Reichsverfassung und Arbeitsrecht.

Die Reichstagswahlen sollen auch über das Schicksal der Weimarer Reichsverfassung entscheiden. Nachstehend wollen wir aufzeigen, was dabei in bezug auf die Arbeiterrechte auf dem Spiele steht, soweit das Arbeitsrecht in Betracht kommt.

In der Vorkriegszeit hat die Arbeiterschaft als Klasse weder in der damaligen Verfassung noch tatsächlich durch den Staat Anerkennung gefunden. Mit der Beendigung des Weltkrieges hat sich das geändert.

Im Artikel 159 der Reichsverfassung wurde die gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit weitgehend gewährleistet, eine aus diesem Grunde erfolgende Entlassung wäre unwirksam. Der Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet die Meinungs-freiheit und wiederum wäre eine aus diesem Grunde erfolgende Entlassung eines Arbeiters unwirksam.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung anerkennt die Gewerkschaften und die Tarifverträge und gewährleistet die Interessenwahrnehmung der Belegschaftsangehörigen in den Betrieben gegenüber dem Unternehmer. Hieraus ergibt sich die unmittelbare und unabdingbare Wirkung der Tarifnormen und die Uebertragung dieser Rechtsansprüche auf Außenstehender durch die Allgemeinverbindlicherklärung sowie das Schlichtungswesen und die Verpflichtung des Staates, mit Hilfe dieser Einrichtung durch Schiedsprüche und durch Verbindlicherklärung selbst Tarifverträge zu schaffen, um auf diese Weise auch gegen den Widerstand der Unternehmer soziale Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Auch ist die weitere Möglichkeit geschaffen, für die Heimarbeiter zwingende Arbeitsbedingungen festzulegen, die von den Unternehmern zu erfüllen sind.

In den Betrieben können Betriebsvertretungen gebildet werden, welche die Durchführung des gesamten Arbeitsrechts und den gesamten Arbeiterschutz zu überwachen haben, sowie selbst durch Vereinbarungen mit dem Unternehmer die Interessen der Belegschaften wahrnehmen und außerdem für die Rechte der entlassenen Belegschaftsangehörigen eintreten können. Um diese Aufgaben ungehindert erfüllen zu können, genießen die Betriebsratsmitglieder einen weitgehenden Schutz vor Entlassungen.

Die Stilllegungsverordnung hindert den Unternehmer an willkürlichen Betriebsstilllegungen, er muß eine Anzeige an die Behörde erstatten und eine Sperrfrist einhalten, bevor er eine derartige Maßnahme durchführen kann und die Behörde muß die Betriebsvertretungen und die Gewerkschaften zu den Stilllegungsverhandlungen zuziehen.

Neben diesem gewährleistet Artikel 160 der Reichsverfassung auch die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten, also die Teilnahme an allen Wahlen und die Uebernahme von staatlichen Ehrenämtern sowie von Parlamentsmandaten. Wiederum darf der Unternehmer hierbei in keiner Weise behindern oder schädigen.

Soweit sich aus allen diesen Bestimmungen Rechtsansprüche ergeben, ist durch das Arbeitsgerichtsgesetz dafür Sorge getragen, daß die Arbeiter diese Rechte, wenn sie ihnen vom Unternehmer streitig gemacht werden, auf einem einfachen, billigen, schnellen und sozialen Rechtswege durchsetzen können. In den Instanzen der Arbeitsgerichtsbehörden wirken die Arbeiter als Arbeitsrichter, Landesarbeitsrichter und Reichsarbeitsrichter mit. Die Gewerkschaften können ihren Mitgliedern vor dem Arbeitsgericht und dem Landesarbeitsgericht einen ge-

wertschaftlichen Prozeßvertreter stellen. Insgesamt ergeben sich alle diese Rechte der Arbeiter aus der Anerkennung der Arbeiterklasse in der Weimarer Reichsverfassung und damit aus der Anerkennung und Schaffung des kollektiven Arbeitsrechts.

Diese Rechte sind gegenwärtig in Gefahr, in der Hauptsache durch die Gleichgültigkeit oder den Unverstand eines Teiles der Arbeiterklasse selbst. Hierauf ist es denn auch zurückzuführen, daß sich viele dieser Rechte bisher nicht in vollem Umfang haben auswirken können. Der Inhalt vieler Tarifverträge und die Handhabung des Schlichtungswesens wäre immer wesentlich besser gewesen, wenn die Mehrzahl der Arbeiter fest zur Weimarer Reichsverfassung gestanden hätte.

Nun gilt es für uns, alle Kräfte anzuspannen, um das Errungene zu erhalten. Es gilt, die Gleichgültigen aufzurütteln, daß auch sie sich zu der Weimarer Verfassung und ihrem Geist bekennen, daß auch sie die Bedeutung des kollektiven Arbeitsrechts begreifen und daß sie mit dafür sorgen, daß das vorhandene Arbeitsrecht nicht nur erhalten bleibt, sondern daß es im Sinne der Weimarer Reichsverfassung weiter ausgebaut wird. Das geschieht durch geschlossenes Eintreten für die Wahl der Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, die im Bunde mit den freien Gewerkschaften die gegenwärtige Verfassung geschaffen und im Sinne der Hand- und Kopfarbeiter ausgebaut hat.

Fortbildungskurse für Erwerbslose und Jungkollegen.

II. (Schluß.)

Wissen befähigt nicht und hilft dem Handwerker zu gegebener Zeit doch ein großes Stück vorwärts. Der Jahrestag Magdeburg lag es besonders am Herzen, den erwerbslosen jüngeren Mitgliedern den Besuch der Buchbinder-Fachabteilung zu ermöglichen und so wenigstens einem kleinen Teil ihrer Mitglieder eine gute Fortbildungsmöglichkeit zu schaffen. Die Kosten des Schulbesuches wurden vom Vorstand bewilligt.

Es hatten sich zwölf Teilnehmer gemeldet. Diese standen im Alter von 19 bis 30 Jahren. Alle Teilnehmer nahmen mit regstem Interesse bis zum Ende am Kursus teil. Im Anschluß daran wurde ihnen schulpflichtig noch die Möglichkeit geboten, weiter an einem Meisterkursus teilzunehmen, um dann ihre Meisterprüfung mit Erfolg ablegen zu können.

Die Schulwerkstätten für das Buchbinderhandwerk in Magdeburg sind ein untrennbarer Bestandteil der zwölf Werkstattribetriebe umfassenden Fachschul-Abteilung für das gesamte graphische Gewerbe. Sie stellen heute mit ihren zwanzig Arbeitsplätzen und den dazugehörigen kompletten Werkzeuggarnituren sowie mit etwa 70 modernsten Hilfsmaschinen und Apparaten den größten und besteingerichteten Buchbinder-Lehrbetrieb Deutschlands dar. Ebenso steht das Lehr- und Arbeitsprinzip der Fachabteilung einzig da. Größter Wert wird in der Abteilung auf die Zielseitigkeit der Fortbildung des Handwerkers gelegt, so daß er nachher in der Praxis bei jeder vor kommenden Arbeit eingreifen kann. An Stelle der sogenannten künstlerischen Erziehung des Handwerkers mit dem Ziel „Einbandkünstler“ tritt hier die rein handwerklich-praktische Ausbildung für die wahren Bedürfnisse des tätigen Lebens unter Durchführung einer Arbeitsmethode, die sich vollkommen der Arbeitsweise der Berufspraxis anschließt mit dem Ziel selbständig denkender und selbständig schaffender Qualitätsarbeiter. Grundsätzlich, auf Eegalt heit gerichtete Hand- und Maschinenarbeit wird verbunden mit Vertiefung des Wissens um die funktionellen, stofflichen, technischen und wirtschaftlichen Bindungen des einzelnen Wertvorganges im Sinne verantwortlicher Mitarbeit an einem Wertganzen. In bezug auf das Gesamtsache gilt der Grundsatz:

Egalt heit der Arbeit, Gediegenheit des Materials und Zweckmäßigkeit sind Schönheitsfaktoren.

Voraussetzung für eine zweckmäßige Anwendung der technischen Hilfsmittel ist immer die Kenntnis und die Beherrschung der rein handwerklichen Handgriffe. Der Schüler lernt auf diese Weise der Unterrichts durchführung selbst die Vorzüge der rein handwerklichen Arbeit im Vergleich zur maschinentechnischen erkennen, bewerten und die eine oder andere je nach der Auftragslage entsprechend ausnutzen.

Hand in Hand mit der Fachabteilung und mit ihrer Hand- und Pressergolderei arbeitet die Schriftabteilung und die Abteilung für elementare Flächengestaltung. Auch in diesen Abteilungen, in denen der Handwerkschüler je einen vollen Wochentag am Unterricht teilnimmt, arbeitet er nicht in der hergebrachten zeichnerischen Darstellungsweise, sondern auch hier bleibt er mit seinem Material und Werkzeug und mit seinen Schriftgarnituren in allerengster Fühlung und damit bei präzisester Arbeit.

So wird von der Schule alles getan, um den Buchbinder bei der nicht zu vertennenden wirtschaftlichen und technischen Umschichtung das nötige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben. Daß in und nach einer Umschichtungsbewegung entsprechend geschulte Kräfte gesucht werden, dem kann nicht widersprochen werden. Leider erkennt nur ein kleiner Teil der vielen Erwerbslosen diesen Umschichtungsvorgang und zieht daraus die Folgerungen, indem er sich weiterbildet. Die viele zwangsläufige Freizeit kann nicht besser angewandt werden! Es ist weiter nicht an der Tatsache vorbeizukommen, daß der Nichtstöcker und Durchschnittsarbeiter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Abhängigkeiten im Betrieb viel stärker ausgesetzt ist als der vielseitig ausgebildete Arbeiter.

Die in der angeführten Richtung erfolgte Aufbauarbeit der Fachabteilung für Buchbinder der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Magdeburg hat sich in den letzten Jahren so ausgewirkt, daß sie von jedem unreingewonnenen Menschen als segensreich angesprochen werden muß. Trotz der schwierigen Arbeitsmarktfrage haben in allerletzter Zeit eine Reihe von stellunglosen Handwerkschülern auf Grund der erworbenen Fähigkeiten Unterkunft und damit Brot und erneute Lebenshoffnung gefunden. Nicht zu Unrecht sprechen heute bereits die führenden Köpfe der maßgebenden Berufsorganisationen von der Magdeburger Einrichtung als von der Hochschule für das deutsche Buchbinderhandwerk.

INTERNATIONALES

Die achte internationale Konferenz der Buchbinderverbände

findet am 12. September und den folgenden Tagen in Wien statt. Als vorläufige

Tagesordnung

ist vorgesehen:

1. Konstituierung.
2. Geschäftsbericht.
3. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise.
 - a) Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.
 - b) Etwaige Verschlechterungen in den Arbeits- und Lohnbedingungen.
 - c) Arbeitszeitverkürzung.
 - d) Eventuelle weitere Beeinträchtigung der Berufsverhältnisse (Frauenarbeit, Lehrlingswesen).
4. Organisationsangelegenheiten.
5. Neuregelung der ordentlichen Beiträge.
6. Wahlen.
7. Diverses.

Unter Beachtung der Zeitverhältnisse wird unser Verband seine Delegation zur Internationalen Konferenz nur in beschränktem Umfang ausüben.

* * *

Mitgliederzunahme der graphischen Verbände in Schweden.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß Schweden etwa den zehnten Teil der Einwohner von Deutschland hat, haben die drei Verbände der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen

jeder etwa die gleiche Mitgliederzahl, die den Verhältnissen in Deutschland entspricht. Alle drei Verbände konnten für das Jahr 1931 einen Mitgliedererwerb buchen; und zwar stiegen die Buchbinder um 77 auf 5296, die Buchdrucker um 300 auf 9302 und die Lithographen um 84 auf 2141. Wenn der Mitgliederzugang nicht höher war, dann ist das ein Ausfluß der erfreulichen Tatsache, daß keine unbeschränkte Reservearmee mehr zur Verfügung steht, aus der noch neue Mitglieder geholt werden könnten.

* * *

Vor einem neuen Großkampf in Norwegen?

Noch ist die im vorigen Jahre in Norwegen durchgeführte Riesenaussperrung in aller Erinnerung, und schon wieder droht aus derselben Ursache — Abwehr von willkürlich diktierten Lohnkürzungen — ein neuer Großkampf auszubrechen. In einer Sitzung der Verbandsvorstände vom 9. Juli wurde beschlossen, verschiedene Berufe zum Sympathiestreik aufzurufen, um die Wegebauarbeiter, die damals bereits seit drei Monaten im Abwehrkampf standen, zu unterstützen. Der Verband unserer Kollegen ist zwar noch nicht direkt beteiligt, der Kampf kann aber sehr schnell eine unvorhergesehene Ausdehnung gewinnen.

* * *

Der Verband der graphischen Arbeiter in Rumänien.

Der Tätigkeitsbericht des Verbandes der graphischen Arbeiter von Rumänien für 1930/31 ist ein einziges Loblied auf die internationale Solidarität. Der Verband bildet zwar das Rückgrat der gesamten Gewerkschaftsbewegung von Rumänien, er hat jedoch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil er nur in den ehemals österreich-ungarischen Landesteilen auf eine geschulte Mitgliedschaft zählen konnte und Alt-rumänien und den bulgarischen und russischen Zuwachs vollständig als Neuland bearbeiten mußte. Die Zahl der in der graphischen Industrie beschäftigten Arbeiter wird auf 9000 geschätzt, von denen nicht ganz 3000 organisiert sind, und zwar befinden sich 90 % der Mitglieder noch immer in den ehemals österreich-ungarischen Landesteilen. Trotzdem gelang es diesem im Jahre 1930 durch einen Abwehrstreik mancherlei Verschlechterungen abzuwehren, so u. a. eine Lohnreduktion von 15 %. Der neue Lohnvertrag, der bis zum 30. Juni 1932 abgeschlossen wurde, brachte die Beibehaltung der Löhne, die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, die Gewährung eines bezahlten Urlaubs, und die Annahme neuer Lehrlinge wurde für ein Jahr ausgesetzt. Trotz letzterem hatte sich die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder im Jahre 1931 verdoppelt, sie stieg von 321 auf 637. (Der Anteil der einzelnen Branchen wird nicht angegeben.) Infolge der großen Arbeitslosigkeit und der statutarisch gewährleisteten Unterstützungen mußten die Beiträge erhöht und die Leistungen gekürzt werden. Die Mitgliederzahl stieg von 2778 auf 2881.

* * *

Jugoslawien.

In Jugoslawien sind infolge Unterdrückung der politischen Tagespresse und des damit zusammenhängenden Verbots von Broschüren und sonstigen Druckerzeugnissen politischen Inhalts die Arbeitslosen der graphischen Industrie in einer ganz verzweifelten Lage. Die Arbeitslosen, welche z. T. seit länger als zwei Jahren in des Wortes wahrster Bedeutung nur noch vegetieren, setzen ihre ganze Hoffnung auf einen außerordentlichen Verbandstag, der zwar die Verhältnisse auch nicht ändern kann, aber doch eine Unterstützung schaffen soll, während die Arbeitenden eine Herabsetzung der Beiträge fordern. Der Verbandstag wird also kaum in der Lage sein, Abhilfe zu schaffen, und wenn er Anfang November stattgefunden haben wird, bleibt nur noch der einzige Ausweg, von der jeweils zuständigen internationalen Union Hilfe zu erbitten.

Für die Buchdrucker und Lithographen sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unverändert geblieben, nur für die Buchbinder ließen sie zu wünschen übrig; da aber mit diesen allein keine Bewegung zu führen war, wurde folgendes

Experiment gemacht: In einem Großbetriebe, der 120 Buchdrucker und Lithographen beschäftigt, wurde über die angeschlossene Buchbinder die Sperre verhängt und der Buchdruckerei mitgeteilt, daß die Buchdrucker und Lithographen sofort die Arbeit einstellen, wenn ein einziges Blatt bedruckten Papiers zur weiteren Verarbeitung in die Buchbinder gegeben wird. Das geschah sehr bald, aber auch der Streik setzte prompt ein und erregte derartiges Aufsehen, daß die Regierung einfach erklärte, es dürfe keinen Streik in der graphischen Industrie in Jugoslawien geben. Nach Anhören der beiden Parteien setzte der Regierungspräsident von Slowenien selbst einen Schiedsspruch auf und verfügte: wenn derselbe nicht noch am Vormittag unterzeichnet wird, werden die beiderseitigen Verbände aufgelöst, die Vorstände werden verhaftet und die Arbeit wird am folgenden Tage zu den von der Behörde festgesetzten Bedingungen aufgenommen. Der Schiedsspruch wurde also von beiden Parteien unterzeichnet und die Organisation der Arbeiter erklärt, daß sie mit dem Inhalt desselben immerhin zufrieden sein kann.

In den privaten Buchbindereien scheint es dagegen kaum möglich zu sein, tarifliche Verhältnisse zu schaffen, da die meisten Kleinmeister ohne Gehilfen arbeiten.

Berichte.

Lititz. Unsere Zahlstelle hielt am 12. Juli eine gut besuchte Versammlung ab, in der sie einen gern gesehnen Gast, den Kollegen Kohnert-Königsberg, begrüßen konnte. Obwohl durch unvorhergesehene Hindernisse Kollege Kohnert erst um 10 Uhr abends in Lititz eintreffen konnte, wurde er doch von den Lititzern kollegial vollzählig erwartet. Kollege Kohnert gab sodann einen eindrucksvollen Bericht über den Verbandstag und Mitglieder eingehend, warum die harten Sanierungsmaßnahmen getroffen werden mußten.

Nur einige Maßnahmen des Verbandstages wurden kurz einer sachlichen Kritik unterzogen, dabei aber doch zum Ausdruck gebracht, daß alle diese Maßnahmen erforderlich waren, um den Bestand des Verbandes zu sichern. Durch eiserne Geschlossenheit werden wir auch über diese Notzeit bessere wirtschaftliche Verhältnisse erlangen. In harmonischer Unterhaltung sah man nach Schluß der Versammlung noch recht lange beisammen.

Blauen. Wir besprechen den Geschäftsbericht 1931, zehn Kollegen bzw. Kolleginnen kommen dabei zum Wort, so lautete der erste Tagesordnungspunkt unserer letzten Mitgliederversammlung. Er stellte einen Versuch dar, auf eine besondere Art unseren Mitgliedern das Wichtigste aus dem letzten Jahresbericht des Verbandsvorstandes zur Kenntnis zu bringen. Vom Vorstand der Zahlstelle wurden die betreffenden Mitglieder beauftragt, über einen bestimmten Abschnitt des Geschäftsberichtes bis zur

Höchstdauer von zehn Minuten zu sprechen. Die meisten der Redner kamen mit dieser Zeit auch aus, nur bei der Behandlung besonders wichtiger Fragen, wie „Tarifwesen“, „Beiträge und Unterflügungen“ und bei der Besprechung der „Betriebsräte- und Bildungsfragen“ konnte ein Ueberfließen der Redezeit nicht vermieden werden. Dieses Verfahren läßt verschiedene Vorteile erkennen. Zunächst einmal wird sich eine größere Zahl von Mitgliedern mit dem Geschäftsbericht ganz intensiv befassen. Dann wird weiter in die Versammlung etwas Abwechslung kommen, da nicht nur die allgemein bekannten Funktionäre reden, sondern auch einmal andere Mitglieder Gelegenheit erhalten, mit etwas längeren Ausführungen aufzuwarten. Die Hauptsache ist jedoch dabei, daß einem größeren Kreis von Mitgliedern das Wichtigste aus dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht wird. Die Ausführungen der einzelnen Redner wurden sehr aufmerksam angehört und es entspann sich anschließend auch eine lebhaftige Debatte. Der Versuch, in einer Mitgliederversammlung den Inhalt des Geschäftsberichtes einem größeren Kreis der Kollegenschaft näherzubringen, kann als wohl gelungen bezeichnet werden.

Anschließend sprach Kollege Siebig über „Die Auswirkungen der Notverordnung der Papen-Regierung“ und machte dann noch aufmerksam auf die bevorstehende Jugendfeier anlässlich des 10jährigen Bestehens der Jugendgruppe und teilte zum Schluß mit, daß von den bis jetzt noch vorhanden gewesenen zehn unorganisierten Lehrlingen durch eine gut vorbereitete Hausagitation sieben davon dem Verbandszugeführt werden konnten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Die Wahlen für den Beirat des Verbandes sind gemäß unserer Bekanntmachung in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ vollzogen worden. Das Resultat ist folgendes:

Gau Nordosten:

Büsching, Gustav, Frankfurt a. d. O., Delegierter.
Kohnert, Oskar, Königsberg i. Pr., Erfahrmann.

Gau Schlesien:

Hölzel, Emil, Hirschberg, Delegierter.
Bonke, Reinhold, Breslau, Erfahrmann.

Gau Hanja:

Konradt, August, Altona, Delegierter.
Krohn, Hermann, Hamburg, Erfahrmann.

Gau Magdeburg:

Haase, Hugo, Halberstadt, Delegierter.
Bading, Willi, Magdeburg, Erfahrmann.

Gau Hannover:

Ströhl, Wilhelm, Bielefeld, Delegierter.
Döwald, Karl, Hannover, Erfahrmann.

Gau Rheinland-Westfalen:

Sperling, Peter, Dortmund, Delegierter.
Klimm, Ignaz, Köln, Erfahrmann.

Gau Hessen und Pfalz:

Rausch, Walter, Frankfurt a. M., Delegierter.
Stöckel, Oskar, Mannheim, Erfahrmann.

Gau Thüringen:

Klingenschmidt, Felix, Eisenberg, Delegierter.
Halupp, Fritz, Halle a. d. S., Erfahrmann.

Gau Sachsen:

Duass, Max, Dresden, Delegierter.
Schüke, Hans, Chemnitz, Erfahrmann.

Gau Württemberg und Baden:

Döbeling, Paul, Stuttgart, Delegierter.
Jenner, Fritz, Stuttgart, Erfahrmann.

Gau Nordbayern:

Herber, Emil, Nürnberg, Delegierter.
Penfel, Joachim, Erlangen, Erfahrmann.

Gau Südbayern:

Rödlmaier, Alois, München, Delegierter.
Ostenrieder, Leonhard, München, Erfahrmann.

Berlin:

Becher, Rob., Moch, Martha, Berlin, Delegierte.
Töpfer, R., Tischer, Efr., Berlin, Erfahrlente.

Leipzig:

Schabacker, W., Adler, F., Leipzig, Delegierte.
Müller, Wilh., Beyer, Art., Leipzig, Erfahrlente.

2. Die Wahlen zum Tarifausschuß, die aus Anlaß unserer Bekanntmachung in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ vom 12. Juni 1932 erfolgt sind, hatten folgendes Ergebnis:

Gau Nordosten: E. Priemer, Berlin.

Gau Schlesien: B. Brucks, Breslau.

Gau Hanja: E. Braasch, Hamburg.

Gau Magdeburg: C. v. d. Reith, Magdeburg.

Gau Hannover: H. Kornacker, Hannover.

Gau Rheinland-Westfalen: L. Dreger, Köln.

Gau Hessen und Pfalz: H. Meß, Frankfurt a. M.

Gau Thüringen: W. Machner, Weimar.

Gau Sachsen: P. Miering, Chemnitz.

Gau Württemberg und Baden: P. Döbeling, Stuttgart.

Gau Nord-Bayern: F. Weindler, Nürnberg.

Gau Süd-Bayern: K. Faust, München.

Berlin: A. Imhof und B. Herzog, Berlin.

Dresden: M. Scheibe, Dresden.

Leipzig: R. Hejche und G. Haffner, Leipzig.

Stuttgart: E. Reichert, Stuttgart.

3. Neuwahl der Gauleiter und Gaubeamten. Auf Vorschlag der Mitglieder sind die besoldeten Gauleiter vom Verbandsvorstand bis zum nächsten Verbandstag wiedergewählt worden, und zwar für

Gau Schlesien: Viktor Brucks.

Gau Hanja: Ernst Braasch.

Gau Magdeburg: Claus v. d. Reith.

Gau Hannover: Heinrich Kornacker.

Gau Rheinland-Westfalen: Ludwig Dreger.

Gau Hessen-Pfalz: Heinrich Meß.

Gau Thüringen: Wilhelm Machner.

Gau Sachsen: Paul Miering.

Gau Württemberg u. Baden: Paul Döbeling.

Gau Nord-Bayern: Friedrich Weindler.

Gau Süd-Bayern: Richard Faust.

Außer den Gauleitern sind auch die in Aßchersleben, Chemnitz, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe und Nürnberg tätigen Gauangestellten vom Verbandsvorstand wiedergewählt worden. In den Gauen Schlesien und Rheinland-Westfalen wird gegenüber dem Stand vom Jahre 1929 je ein Angestellter weniger beschäftigt.

4. Die Wahl der Zahlstellenangestellten ist gemäß § 42 des Verbandsstatuts auf Grund unserer Bekanntmachung in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ in allen in Betracht kommenden Zahlstellen vollzogen worden. Die seitherigen Ortsangestellten in

Annaberg, Berlin, Bielefeld, Dresden, Heilbronn, Jähr, Leipzig, München und Stuttgart sind wiedergewählt worden. In den Zahlstellen Berlin und Dresden wird gegenüber dem Stand vom Jahre 1929 je ein Angestellter weniger beschäftigt.

5. Die Neuwahl der Angestellten im Büro des Verbandsvorstandes ist vom Verbandsvorstand ebenfalls vollzogen worden. Die Sekretäre Kempte und Weiser, sowie der Expedient Chmielarczyk wurden wiedergewählt. Gegenüber dem Stand vom Jahre 1929 sind zwei Angestellte und zwei Hilfskräfte im Hauptbüro weniger beschäftigt.

6. Berichtstarken zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Kassierer der Zahlstellen und Gauen versandt worden, desgleichen die üblichen Konjunkturkarten über den Geschäftsgang in den Betrieben.

Außerdem sind diesmal der Sendung noch die termisüblichen Berichtstarken über geleistete Ueberstunden beigelegt worden. Wo die Sendung nicht angekommen ist, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Alle Berichtstarken sind so rechtzeitig abzusenden, daß sie spätestens am 3. August in unserem Besitz sind.

Abrechnungen.

Vom 2. Quartal 1932 gingen bis zum 26. Juli bei der Verbandskasse ein von: Berlin 3687,05 Mk. = Gau Schlesien — Mk. = Ludwigshafen — Mk.; Wiesbaden — Mk. = Halle 155,40 Mk.; Weimar — Mk.; Weissenfels — Mk. = Gau Sachsen 210,95 Mk.; Annaberg-Buchholz 87,60 Mk.; Chemnitz 242,85 Mk.; Dresden 949,35 Mk.; Grimma 300,39 Mk.; Reichenbach 334,90 Mk.; Seiffenmersdorf — Mk. = Gau Württemberg und Baden 190 Mk.; Söppingen 100 Mk.; Pforzheim — Mk.; Stuttgart 3404,90 Mk. = Schweinfurt 20 Mk.; München 63 Mk.

Adressenänderungen:

B. Bevollmächtigter, K. Kassierer.

Hirschberg i. Riesengebirge. B. u. K.: E. Hölzel, Siemensstr. 20. — Auszahlung: Werttags von 17 bis 18 Uhr, Sonnabends von 13 bis 17 Uhr.

Rathenow: B.: Franz Schneider, Bergstr. 17a.

K.: R. Bäcker, Curlandsstr. 5 I. — Auszahlung von 16½ Uhr.

Der Verbandsvorstand.